

CDU-Politiker Liese befürwortet Tempolimit für Klimaschutz

Lippstadt (epd). Der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese hat sich für ein zeitweiliges Tempolimit zur Bekämpfung des Klimawandels ausgesprochen. „Wir sind alle aufgefordert, den Klimawandel zu bekämpfen“, sagte Liese am Sonntag in Lippstadt in seiner Kanzelrede zur westfälischen Eröffnungsfeier der Weihnachtsaktion des evangelischen Hilfswerks „Brot für die Welt“. Er halte ein vorübergehendes Tempolimit auch persönlich für richtig, ging aber nicht auf Details ein. Jeder Einzelne müssen mithelfen, die Erderwärmung zu stoppen, sagte Liese. Es dürfe nicht allein die Industrie für zu hohe Emissionen verantwortlich gemacht werden.

Im Mittelpunkt der 64. Aktion des evangelischen Hilfswerks steht in diesem Jahr erneut die Klimagerechtigkeit. Das Motto lautet: „Eine Welt. Ein Klima. Eine Zukunft!“. Bei der westfälischen Eröffnung in Lippstadt wurde an die Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021 im Westen Deutschlands, die Tornados im Frühjahr und die Dürre in diesem Sommer erinnert, die in vielen Regionen hierzulande immense Schäden hinterlassen haben.

Diakonisches Werk fordert Wechsel vom Rückkehr- zum Bleibemanagement

Schwerte (epd). Der Migrationsexperte Dietrich Eckeberg hat mit Blick auf die Asylpolitik einen Paradigmenwechsel vom Rückkehrmanagement zum Bleibemanagement gefordert. Die frühere CDU/FDP-Landesregierung sei bestrebt gewesen, die meisten abgelehnten Asylbewerber abzuschicken, um in der Statistik deutlich vor Bayern zu liegen, kritisierte der Geschäftsführer des Fachverbandes Migration und Flucht beim Diakonischen Werk Rheinland-Westfalen-Lippe auf dem Asylpolitischen Online-Forum der Evangelischen Akademie Villigst im Schwerte am Sonntag.

Eckeberg sagte, er sehe bislang trotz gegenteiliger Ankündigungen keinen Hinweis darauf, dass die schwarz-grüne NRW-Koalition von der Praxis, Geflüchtete in zentralen Unterkünften unterzubringen, abweichen wolle. Dennoch begrüßte er Aussagen von NRW-Integrationsministerin Josefine Paul (Grüne), die bereits am Samstag auf der Online-Tagung versichert hatte, dass die Landesregierung die Bleibeperspektive für die Geflüchteten stärken wolle. Frank Roelin von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Münsterland-Recklinghausen, kritisierte, dass die Abschiebungen regelhaft aus Gemeinschaftsunterkünften stattfänden und zumeist frühmorgens unangekündigt mit Polizei durchgeführt würden, wenn keine der Betreuungsorganisationen dabei sein könnten.

Kirchen

Rafael Nikodemus, Kirchenrat der Evangelischen Kirche im Rheinland, erklärte, Abschiebungen führten oft zur Traumatisierungen, auch der anderen Bewohnerinnen und Bewohner einer Einrichtung. Bei allen Zwangsmaßnahmen müsse stets die Würde und Unversehrtheit des Menschen gewahrt sein. Um einer Zwangsabschiebung zu entgehen, bleibe Betroffenen nur die Flucht in ein Land außerhalb der EU, in der nicht das Dublin-Abkommen gelte, oder das Abtauchen in die Illegalität in Deutschland. Die Caritas schätze die Zahl der illegal lebenden Menschen auf 400.000 bis zu einer Million.

Kirchen

Präses Kurschus kritisiert Abschiebungspraxis in NRW

Schwerte (epd). Die Präses der Evangelischen Kirchen von Westfalen, Annette Kurschus, hat die Abschiebungspraxis einiger Ausländerbehörden in Nordrhein-Westfalen kritisiert. Auf dem als Online-Konferenz durchgeführten Asylpolitischen Forum der Evangelischen Akademie Villigst im Schwerte sagte die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Samstag, dass Abschiebungen mit unnötiger Härte durchgeführt worden seien. In einigen Fällen seien die Betroffenen unter einem scheinbar harmlosen Vorwand eingeladen worden, um sie abzuschicken. Das stehe im krassen Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung der schwarz-grünen Landesregierung.

Zudem kritisierte Kurschus die Situation in einigen Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes (ZUE), in denen Bewohner beschäftigungslos herum säßen. Auch die zum Teil bis zu zwei Jahre lange Aufenthaltsdauer in den Unterkünften sei nicht akzeptabel. Die NRW-Flucht- und Integrationsministerin Josefine Paul (Grüne) verwies auf die schwierige Situation der Kommunen bei der Unterbringung der Geflüchteten. Von den etwa eine Million nach Deutschland geflüchteten Menschen aus der Ukraine befänden sich 200.000 in NRW.

In Regionalkonferenzen mit den Kommunen hätten zwei Drittel der Vertreterinnen und Vertreter deutlich gemacht, dass die kommunalen Kapazitäten für die Unterbringung weitgehend erschöpft seien, erläuterte Paul. Deshalb müssten jetzt alle Kräfte darauf gerichtet sein, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu bieten. „Die Landesregierung hat die Kapazitäten in den Landesunterkünften von 15.000 auf 30.000 hochgefahren“, sagte die Ministerin, und warb um Verständnis dafür, dass die angestrebte Überprüfung der Qualitätsstandards der Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes zurzeit keine Priorität habe und unter den gegebenen Umständen nicht umzusetzen sei.

Die Ministerin würdigte zudem das Kirchenasyl als „eine legitime Institution.“ Kurschus bekräftigte, dass die evangelische Kirche weiterhin bereit sei, ihren Beitrag bei der Bewältigung der krisenhaften Situation zu leisten. Dabei gebe es noch „viel zu besprechen“.